



I.

Volksbedürfnisse und Reformen.



Generalia.

München, 1848.

Gedruckt bei Georg Franz.





Die Kammer der Landstände, welche in wenigen Tagen hier eröffnet wird, hat zweifelsohne eine der wichtigsten und in Beziehung auf Entwicklung deutscher Freiheit und Volksrechts eine entscheidende Stimme. Mit gespannter Erwartung steht auf sie ganz Deutschland, mit Vertrauen und fester Hoffnung insbesondere das Bayerland.

Adressen in der gediegensten Weise verfaßt laufen täglich theils von einzelnen Städten, theils von ganzen Landgemeinden hier ein, welche die umfassendsten Reformen im Staats- und Völkerleben verlangen.

Die deutsche Nation hat sich erhoben, das in Ketten geschlagene Völkerrecht zu befreien, und auf dem Wege des Rechtes, ohne den rechtlichen Besitz zu stören, wieder aufleben zu lassen.

Bereits haben alle deutschen Fürsten, selbst das unüberwindlich scheinende Oesterreich in Beziehung auf sein conservatives System, den Völkern Concessionen versprochen, die wenn sie recht verstanden und behan-

delt werden, ein constitutionelles System fest und unerschütterlich begründen lassen.

Es ist jetzt nur Sache der Volksvertreter, diese an manchen Orten mit Blut errungenen Concessionen in bündige Geseßesformen einzukleiden, in Geseze, die klar, deutlich und keiner willkürlichen Interpretationen fähig sind, damit dieselben nicht nach Wiederkehr der Ruhe in den Gemüthern nach Belieben gehandhabt, und verzerrt werden können.

Die versammelten Landstände der deutschen südwestlichen Staaten haben bereits ein Programm über die neue Einrichtung Deutschlands in Circulation gesetzt, wodurch ein vereinigtcs freies Deutschland mit einem Nationalparlament constituirt werden soll.

Diese Idee durchdringt alle Deutschen, und alle deutschen Stämme sind einig, obgleich die von den Rheinländern vorgeschlagene Organisation des deutschen Reiches manche Gefahr für das Gesamtvaterland, sowie manches Bedenken für die Ausführung erregt.

Doch dieses gehört einer eigenen späteren Erörterung an. Jetzt wo die Feinde des gesegneten deutschen Vaterlandes von allen Seiten nahen, ist es um so nöthiger, daß dieses als ein untheilbares Ganze erscheine, damit nicht wieder deutsche Fürsten nach ihrem Privatinteresse einseitige Verbindungen eingehen, und die deutsche Nation in mehrere Theile getheilt sich einander feindlich gegenübersteht, und als Vorpostenkämpfer den Feinden des deutschen Vaterlandes dienen muß.

Die Grundidee der Regierung muß sein: Denk- und Sprechfreiheit, unbestechliche Justiz, Arbeit resp. Unterhalt für die arme Klasse, Schutz des Eigenthums aller Staatsbürger und möglichste Beschränkung des Luxus im Staatshaushalte, sowie in allen Klassen des bürgerlichen Lebens.

Die Klasse der Arbeiter als Proletarier bezeichnet, ist die unentbehrlichste in der menschlichen Gesellschaft; sie machen das Kapital der Nation nutzbringend, sie liefern die Soldaten, welche das Eigenthum des Staates und Bürgers von innern und äußern Feinden schützen müssen. — Noch keine Regierung hat sich derselben mit dem Eifer und der Wärme angenommen, welche diese Klasse verdient. Sie bilden einen Stand, der gleiches Recht am Nationalvermögen, an bürgerlicher und politischer Freiheit hat, der bei den Ständen vertreten werden, dessen Verhältnisse geregelt, und für dessen nachhaltigen Unterhalt gesorgt werden muß. Diese arme Klasse darf in der Folge mit keiner Art indirekter Steuer belastet werden.

Die Verantwortlichkeit der Minister, Schwurgerichte, Pressfreiheit, sowie die beantragte Wahlreform sind bereits an andern Orten eingeführt, und hierüber enthalten die magna charta Großbritanniens, sowie die belgische Constitution die besten Formularien für diese Gesetze.

Ein deutsches Nationalparlament soll durch Einverständnis aller Bundesstaaten unter Garantie der Völker als Gericht und oberste Behörde über Fürsten

und Völker installiert werden. Die Beschränkung des Luxus im Staatshaushalte, sowie im Privatleben ist die Lebensfrage für das Gedeihen der neuen staatlichen Einrichtung.

Die Civillisten der meisten Staaten sind unverhältnißmäßig groß im Vergleiche mit den wirklichen pekuniären Kräften der Völker. — Es findet sich wohl kein Staat, der eine so immense Civilliste zahlt wie Bayern. Diese Bezüge sind kein für alle Zeiten erworbenes Recht, sie sind ein seit Jahren bestehender Druck des Volkes, der aufgehoben werden muß, sowohl in Bayern wie in ganz Deutschland; und weshalb die Ständekammern mit den Dynastien in Unterhandlung treten müssen.

Die Präbenten des hohen Clerus können durch die Kammern auf eine standesgemäße Competenz reduziert werden, und die hieraus gewonnene Summe kann die Thränen vieler unglücklichen Proletarier trocknen.

Die Geistlichen sollen als Beamten und Staatsdiener unter einem Staats-Consistorium stehen, und nicht einen Staat im Staate ausmachen, so wie auch die Vertretung derselben als Stand in den Kammern ganz ungeeignet erscheint; und es wäre daher das Concordat zu modificiren.

Die Gesandten entsprechen durchaus nicht den Bedürfnissen der Völker, sie vertreten nicht die Interessen der Nationen, sondern sind einfache Fürsten-Agenten, die unendliche Kosten dem Lande verursachen.

Hier sollte man Amerikas Beispiel immitiren; und Leute, die Kenntnisse vom Handel und Industrie besitzen, zugleich aber auch die Würde der Nation zu vertreten wissen, in fremde Residenzen gesendet, und mit Gehalten von 6 bis 10,000 fl. besoldet werden.

Solche Agenten nach 8 bis 10 jährigem Aufenthalte in den Staatsrath berufen, würden durch die erworbenen Kenntnisse dem Lande und materiellen Wohle mehr nützen, als jetzt das ganze diplomatische Corps, dessen Zweck Wohlleben, und dessen Hauptkunst Kartenspiel ist.

Eine Vermögenssteuer soll eingeführt, dagegen alle indirecten Steuern, die die Armen drücken, aufgehoben werden, nämlich Lotto-, Salz-, Mehl- und Malzsteuer.

Alle Beamten, die unter 1000 fl. Besoldung beziehen, sollen Zulagen erhalten; dagegen alle Gehalte über 2000 fl. reducirt werden.

Die Bureaucratie soll vernichtet, ein einfacher Geschäftsgang eingeführt, und die Bureaux auf die möglichst geringe Zahl beschränkt werden. Die oberste Behörde des Staates soll der Staatsrath sein, aus dem die Minister und Gesandten ernannt, und nach Aufhörung dieser Funktion wieder in denselben zurücktreten.

Es sollen die Staatsrätthe nicht aus ergrauten Bureaucraten, sondern aus thatkräftigen Männern bestehen, und für alle Zweige der Staatsbürgerschaft Repräsentanten darinnen sitzen, wie für Handel, Technik

und Gewerbe. Die Stände des Reiches dürfen, wie bereits alle Adressen aussprachen, der vollen Mitwirkung der Nation versichert sein, welche bereit ist, Gut und Leben für ihre lange unterdrückte Freiheit zu opfern, wenn neuerdings Hindernisse denselben in dem Wege stehen sollten.

Gott gebe seinen Segen.